§ 15 der Erbhofrechtsverordnung wurde erlassen, weil es in der Literatur streitig geworden war, ob in einem solchen Fall das Nachlaßgericht ein Zeugnis nach § 36 GBO hätte erteilen dürfen. § 15 EHRVO stellt deshalb lediglich eine verbindliche Auslegung des § 36 GBO dar. Das Bedürfnis der vereinfachten Regelung nach § 36 GBO ist heute zweifellos zu bejahen, nachdem die Erbhofgesetzgebung außer Kraft getreten ist. Das Zeugnis nach § 36 GBO genügt gegenüber dem Grundbuchamt als Nachweis der Rechtsnachfolge und der zur Eintragung des Eigentumsübergangs erforderlichen Erklärungen der Beteiligten, insbesondere also der Auflassung.

Daß § 15 EHRVO nicht mehr anwendbar ist, folgt weiterhin unmittelbar aus der Aufhebung dieser Verordnung durch KRG Nr. 45. Art. XII regelt lediglich die Erbfolge für die Übergangszeit. Es ist damit aber keineswegs bestimmt, daß für solche Fälle noch die alten Verfahrensvorschriften zur Anwendung kommen. So werden z. B. zweifellos keine Feststellungen nach § 16 der Erbhof Verfahrensverordnung darüber mehr zulässig sein, ob kein Anerbe vorhanden ist. Vollstreckungsmaßnahmen, die bis zum Inkrafttreten des KRG Nr. 45 in einen Erbhof durchgeführt wurden, sind auch für diese Zeit nicht mehr nach dem 6. Abschnitt der EHRVO zu beurteilen. Ebenso besteht kein Zweifel, daß auch die Verfahrensvorschriften der Erbhof Verfahrensverordnung für die Übergangsregelung im Sinne des Art. XII nicht mehr anwendbar sind. Es können also weder im Grundbuch Erbhof vermerke eingetragen noch Feststellungen über die „Deutschblütigkeit“ oder „Bauernfähigkeit“ oder Entscheidungen über die Erbhofeigenschaft gemäß § 56 der EHRVO getroffen werden. Ebensowenig kann noch eine Zustimmung zu einer Verfügung von Todeswegen ergehen. Auch Verfahren zur Auseinandersetzung über einen Ehegattenerbhof bei Ehescheidung können nicht mehr durchgeführt werden. Dabei kann es keinen Unterschied machen, ob sich die Verfahrensvorschriften in der Erbhofverfahrensverordnung oder in der Erbhofrechtsverordnung befinden.

Keine Widerlegung dieser Auffassung kann, wie das OLG Halle annimmt, darin gefunden werden, daß die Bestimmungen der §§ 30, 31, 34 EHG zu Gunsten der weichenden Erben für die Übergangszeit noch anzuwenden sind. Diese Bestimmungen betreffen den Inhalt des Erbrechts. Selbstverständlich war es nicht möglich, für die Übergangszeit am Anerbenrecht festzuhalten, das sich hieraus ergebende Rechtsverhältnis zu den Miterben aber zu beseitigen. Diese Rechtsbeziehungen zu den Miterben sind ein notwendiger, wenn auch zum Teil recht geringer Ausgleich dafür, daß sie auf Grund des Anerbenrechts auf die Anteile am Nachlaß verzichten müssen, die ihnen nach bürgerlichem Recht zugestanden hätten. Wenn die Übergangsregelung die Anwendung des Anerbenrechts vorsieht, so notwendigerweise mit seinem gesetzlichen Inhalt. Hieraus kann aber niemals der Schluß gezogen werden, daß deshalb auch bestimmte Verfahrensvorschriften anwendbar bleiben müssen. Denn diese haben mit dem Inhalt des noch weiter anzuwendenden Erbrechts nichts zu tun.

Schließlich stützt sich der Beschluß darauf, daß ein dringendes praktisches Bedürfnis dafür bestehe, in allen Fällen, in denen eine wirksame Nachfolge stattgefunden hat, eine Umschreibung des Erbhofes im Grundbuch aber noch nicht erfolgt ist, dem Hoferben ein Nachfolgezeugnis auszustellen, auf Grund dessen er die Umschreibung im Grundbuch erwirken könne, ohne erst gegen etwa widerstrebende Erben auf Einwilligung in die Berichtigung des Grundbuches klagen zu müssen. Es ist demgegenüber schon auf das Zeugnis nach § 36 GBO verwiesen worden. Es könnte hiergegen eingewendet werden, daß die Voraussetzungen des § 36 Abs. 2 b, nämlich der Nachweis der Abgabe der Erklärungen der Beteiligten dem Nachlaßgericht gegenüber, in einer den Vorschriften der Grundbuchordnung entsprechenden Weise nicht vorliegen. Bei Erlaß der GBO war § 15 EHRVO nicht bekannt. Es konnte also auch in § 36 GBO keine Regelung für diesen Fall getroffen werden. Es muß möglich sein, daß die nach § 36 Abs. 2 GBO notwendigen Erklärun-

gen der Beteiligten durch die gesetzlichen Bestimmungen ersetzt werden, die die Sonderrechtsnachfolge in ein zum Nachlaß gehörendes Grundstück auslösen. Dann genügt § 36 GBO dem im Beschluß erwähnten „dringenden praktischen Bedürfnis“. Damit scheidet heute die Notwendigkeit von Grundbucheintragungen unter Bezugnahme auf die Erbhofgesetzgebung aus.

Dr. Werner Artzt, Hauptreferent

Strafrecht

§ 1 wstvo.

Das Horten von wichtigen 'Materialien in der Abteilung eines Betriebes kann ein Zurückhalten im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziff. 3 WStVO sein.

OLG Halle, Urt. vom 13. März 1951 — Ss 20/51.

Aus den Gründen:

Der Angeklagte Dr. B. war Betriebsleiter, der Angeklagte G. Betriebsmeister und Lagerverwalter einer Abteilung der Filmfabrik Wolfen. Beide Angeklagte sind beschuldigt, in der Zeit von 1946 bis 1949 in ihrer Betriebsabteilung verschiedene Materialien gehortet zu haben, obwohl diese (insbesondere Kalmuck) in einer anderen Abteilung der Filmfabrik für die Durchführung der Produktion dringend benötigt wurden. Das Verfahren gegen Dr. B. ist abgetrennt worden¹ weil er nach dem Westen verzogen ist. Der Angeklagte G. ist durch Urteil des Schöffengerichts wegen fahrlässiger Gefährdung der Wirtschaftsplanung (Vergehen nach § 1 Abs. 1 Ziffer 2 in Verbindung mit Abs. 2 WStVO) zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten verurteilt worden. Auf seine Berufung hin ist er durch Urteil des Landgerichts freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hat die Staatsanwaltschaft form- und fristgerecht Revision eingelegt. In der Revisionsbegründung wird die Verletzung materiellen Rechts gerügt und die Rüge der mangelnden Sachaufklärung erhoben. Der Revision war der Erfolg nicht zu versagen.

Die Sachaufklärung des Landgerichts leidet zunächst an dem Mangel, daß es nur das Verhalten des Angeklagten gegenüber einer Kommission, die am 25. November 1949 die Lager besichtigte, in Betracht gezogen hat. In der Anklage war dem Angeklagten jedoch zur Last gelegt worden, schon seit 1946 die in Betracht kommenden Materialien gehortet zu haben. Aus den Einlassungen des Angeklagten ergibt sich, daß er das Lager seit dem Jahre 1946 verwaltet hat. In seiner Einlassung vor dem Schöffengericht hat er insbesondere angegeben, daß monatlich Bestandsaufnahmen zu machen waren, daß darin aber diese Materialien nicht angegeben worden seien, weil sie von Anfang an nicht aufgeführt worden seien. Das Landgericht hätte daher klären müssen, ob der Angeklagte nach den Meldevorschriften nicht verpflichtet gewesen wäre, diese Materialien schon lange vor der Besichtigung vom 25. November 1949 zu melden. Soweit etwa für die Meldung nicht der Angeklagte, sondern! der Betriebsleiter Dr. B. verantwortlich war, hätte der Klärung bedurft, ob der Angeklagte als Lagerverwalter nicht verpflichtet war, Dr. B. nicht nur über das Bestehen des Lagers, sondern auch über den Inhalt zu unterrichten. Dr. B. hat hierzu in seiner Einlassung sich dahin geäußert, daß er zwar für die Meldung verantwortlich gewesen sei, aber von dem vorhandenen Kalmuck keine Kenntnis gehabt habe. Vor allem aber hätte das Landgericht klären müssen, ob der Angeklagte davon Kenntnis hatte, daß die Materialien (insbesondere Kalmuck) von einer anderen Abteilung der Filmfabrik für die Produktion dringend benötigt wurden. Die Zeugin St., die das für beide Abteilungen zuständige Hauptlager verwaltet, hat hierzu bekundet, daß sich der Produktionspreis dadurch gewaltig verteuert habe, daß infolge Mangels an Kalmuck Waffelfilter eingesetzt werden mußten, und daß trotz dieser Verteuerung die erzeugte Faser bei Kalmuckfilter besser gewesen sei. War dem Angeklagten dies bekannt, so wäre er nach den heutigen gesellschaftlichen Auffassungen auch ohne Bestehen einer formellen Meldevorschrift verpflichtet gewesen, die gehorteten Waren von sich aus zu melden. Das Bestreben der An-